



Anja Posevsky
Vorstandsmitglied
Deutscher Pflegeverband e.V.

Danke!

Zum Tag der Pflege am 12. Mai möchten wir euch unsere Anerkennung und Wertschätzung aussprechen. Ihr leistet jeden Tag Großartiges – mit Herz, Hingabe und unermüdlichem Einsatz. Danke für eure Fürsorge und euren unermüdlichen Einsatz!

dpv-online.de

Editorial

Pflege am Limit

Die Pflege in Deutschland steht vor einer Zerreißprobe. Personalmangel, steigende Arbeitsbelastung und fehlende Wertschätzung bestimmen den Alltag vieler Pflegekräfte. Während die Politik Reformen verspricht, bleibt die Realität in den Kliniken, Pflegeheimen und ambulanten Diensten oft unverändert: zu wenig Personal für zu viele Aufgaben, Zeitdruck statt Zuwendung, Erschöpfung statt Anerkennung.

Dabei ist Pflege mehr als nur ein Beruf – sie ist eine unverzichtbare Stütze unserer Gesellschaft. Doch wie lange können Pflegekräfte unter diesen Bedingungen noch durchhalten? Die Folgen sind bereits spürbar: Immer mehr Fachkräfte verlassen den Beruf, während der Bedarf an qualifizierter Pflege weiter wächst. Die Lücke wird größer, die Versorgungssicherheit gerät in Gefahr.

Was muss sich ändern? Es braucht endlich nachhaltige Lösungen, keine kurzfristigen Notmaßnahmen. Dazu gehören: Bessere Arbeitsbedingungen – mehr Personal, faire Dienstpläne und eine angemessene Entlohnung, stärkere gesellschaftliche und politische Anerkennung – Pflege darf nicht nur in Krisenzeiten als systemrelevant gelten, mehr Ausbildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten – junge Menschen müssen für den Pflegeberuf begeistert und langfristig gehalten werden.

Wir dürfen nicht länger zusehen, wie ein Berufsfeld, das auf Fürsorge und Menschlichkeit basiert, selbst in die Krise gerät. Pflege braucht jetzt eine echte, tiefgreifende Reform – nicht morgen, sondern heute. Es ist Zeit zu handeln!

Anja Posevsky
Vorstandsmitglied
Deutscher Pflegeverband e.V.



Inhalt

- 1 • Editorial
- 2 • Tag der Pflege: Ein Dank an alle Pflegekräfte!
 - Mehr Ausbildungsverträge in der Pflege
- 3 • Positiver Trend – Rahmenbedingungen verbessern
 - GAP-Projekt geht in die nächste Runde
 - Standpunkt von Dr. Markus Mai
- 4 • BIBB treibt wissenschaftliche Erkenntnisse voran
 - Für eine starke Stimme der Pflege in der Politik
- 5 • Konstituierung des Bundestags: Neue Chancen – Pflegeprofession stärken
- 6 • Wichtige Signale für die Pflege
 - Langzeitpflege gezielt stärken
- 7 • Aus den Bundesländern
 - Jubilare
- 8 • Impressum

Tag der Pflege: Ein Dank an alle Pflegekräfte!



© alvarez/Getty Images iStock (Symbolbild)

(Neuwied) Der Deutsche Pflegeverband (DPV) gratuliert allen Pflegekräften herzlich zum Internationalen Tag der Pflege am 12. Mai! Ihr leistet täglich Großartiges – mit Fachkompetenz, Empathie und unermüdlichem Engagement. Ohne euch wäre eine gute Gesundheitsversorgung nicht möglich.

Doch dieser Tag ist nicht nur ein Anlass zum Danken, sondern auch zum Mahnen: Die Pflege steht weiterhin vor enormen Herausforderungen. Personalmangel, hohe Arbeitsbelastung und unzureichende Wertschätzung belasten die Profession und gefährden die Versorgungsqualität. Es braucht endlich

nachhaltige Reformen, bessere Arbeitsbedingungen – nicht nur Worte, sondern konkrete politische Taten!

Der DPV setzt sich mit Nachdruck für die Interessen der Pflegekräfte ein und fordert die Politik auf, endlich die Weichen für eine zukunftssichere, starke Pflege zu stellen. Gemeinsam kämpfen wir für eine bessere Pflege – für euch, für die Patienten und für unsere Gesellschaft!

Danke für euren unermüdlichen Einsatz – heute und an jedem anderen Tag!

dpv-online.de

Mehr Ausbildungsverträge in der Pflege

(Wiesbaden) Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in der Pflege ist im Jahr 2024 um 9 Prozent gestiegen. Dies geht aus den vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) hervor. Insgesamt befanden sich zum Jahresende 2024 rund 147.100 Personen in einer Ausbildung zur Pflegefachfrau oder zum Pflegefachmann. Damit blieb die Gesamtzahl der Pflegeauszubildenden nahezu unverändert im Vergleich zum Vorjahr

(146.900). Die Zahl der neuen Ausbildungsverträge stieg jedoch um 5.100 auf insgesamt 59.500.

Frauen weiterhin in der Mehrheit

Der Frauenanteil in der Pflegeausbildung bleibt hoch, wenngleich leicht rückläufig. Zum Jahresende 2024 waren 74 Prozent der Auszubildenden weiblich (108.700), was einem Rückgang um 1 Prozent gegenüber 2023 entspricht. Gleichzeitig stieg der Anteil der männlichen Auszubildenden um 4 Prozent auf 38.400. Seit der Einführung der generalistischen Pflegeausbildung im Jahr 2020 hat sich die Geschlechterverteilung damit nur geringfügig verändert.

Daten zu Studierenden

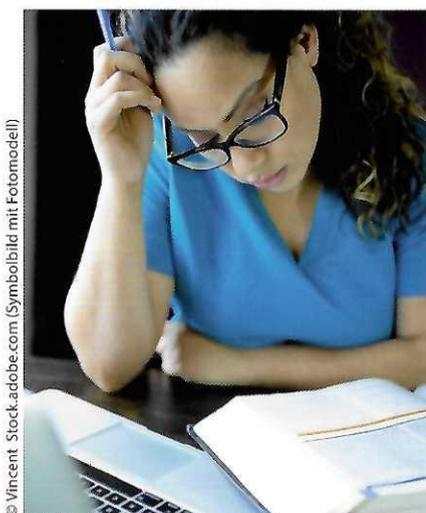
Erstmals wurden im Jahr 2024 auch Daten zu Pflegestudierenden an Hochschulen erhoben. Laut Destatis befanden sich zum Jahresende 1.200 Studierende in einem Pflegestudium, darunter rund 700 Studienanfänger. Das Pflegestudium wird seit 2024 durch das Pflegestudiumstärkungsgesetz vergütet und verbindet praktische und theoretische Inhalte. Der Abschluss umfasst die staatliche Prüfung zur Erlangung der Berufszulassung sowie den akademischen Grad eines Bachelors.

Ausbildung und Studium

Mit der Einführung der generalistischen Pflegeausbildung im Jahr 2020 wurden die bisherigen Berufsausbildungen in den Bereichen Gesundheits- und Krankenpflege, Gesundheits- und Kinderkrankenpflege sowie Altenpflege zusammengeführt. Die Ausbildung dauert in Vollzeit drei Jahre und findet an Pflegeschulen sowie in Krankenhäusern, stationären und ambulanten Pflegeeinrichtungen statt. Zusätzlich besteht die Möglichkeit eines dualen Pflegestudiums an Hochschulen, welches neben akademischen Inhalten auch eine praxisnahe Ausbildung integriert. Seit 2024 wird das Studium finanziell gefördert und schließt mit dem akademischen Grad eines Bachelors ab.

Die vorliegenden Ergebnisse stammen aus der amtlichen Datenerhebung auf Grundlage der Pflegeberufe-Ausbildungsfinanzierungsverordnung (PflA-FinV). Endgültige Zahlen für das Jahr 2024 werden voraussichtlich im Juli 2025 veröffentlicht. Dann werden auch erstmals umfassende Ergebnisse zu Pflegestudierenden zur Verfügung stehen.

destatis.de



© Vincent Stock.adobe.com (Symbolbild mit Fotomodell)

Zum Jahresende 2024 waren 147.100 Personen in einer Pflegeausbildung.

Positiver Trend – Rahmenbedingungen verbessern

(Berlin) Christine Vogler, Präsidentin des Deutschen Pflegerats (DPR), bewertet die Entwicklung bei neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen in der Pflege als starkes Zeichen: „Trotz der bestehenden Probleme erkennen viele, insbesondere junge Menschen, den Wert dieses Berufs. Sie sehen die vielfältigen Karrierechancen, die verbesserte Bezahlung, die Arbeitsplatzsicherheit und die nachhaltige Bedeutung der Pflege als sinnstiftenden Beruf. Dass sich so viele für diesen Weg entscheiden, zeigt, dass die Pflege eine Zukunft hat. Das macht zuversichtlich.“

Gemeinsam müsse man weiter daran arbeiten, die Bedingungen in der Pflege zu verbessern. „Den Koalitionsver-

handlern muss klar sein, dass die Berufe in der Pflege eine große Chance für unsere Gesellschaft bieten. Die Pflegeprofession ist bereit, Verantwortung zu übernehmen. Sie braucht jedoch auch die strukturellen Rahmenbedingungen, um ihr Potenzial voll zu entfalten“, so Vogler. Der Deutsche Pflegerat fordert daher eine rasche Umsetzung des Pflegekompetenzgesetzes und des Pflegefachassistenteneinführungsgesetzes – und das innerhalb der ersten 100 Tage der neuen Bundesregierung. Es braucht verbesserte Arbeitsbedingungen, eine bundeseinheitliche Bildungsstruktur und die Anerkennung der Profession als eigenständige Säule des Gesundheitswesens.

Die Pflegeprofession muss gleichberechtigt in die Selbstverwaltung des Gesundheitswesens integriert werden. Sie muss mitdiskutieren, mitgestalten und mitentscheiden dürfen. Zudem muss die Digitalisierung konsequent, praxistauglich und erlebbar umgesetzt werden. Als übergeordnetes Ziel fordert der Deutsche Pflegerat die grundrechtliche Verankerung der Pflege.

Der DPR ruft die politischen Entscheidungsträger dazu auf, die Rahmenbedingungen in der Pflegeausbildung und -praxis weiter zu verbessern. Nur so lässt sich der positive Trend langfristig stabilisieren.

deutscher-pflegerat.de

GAP-Projekt geht in die nächste Runde

(Berlin) Das Projekt „GAP – Gute Arbeitsbedingungen in der Pflege“ der Pflegebevollmächtigten der Bundesregierung Claudia Moll wird fortgesetzt. Über 50 Einrichtungen haben sich allein in diesem Jahr bereits angemeldet. „Mehr als 600 Einrichtungen nutzen das Projekt, um mit unseren GAP-Coaches ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern. Das ist ein toller Erfolg“, meint Moll.

Teilnehmer der AWO Sozialstation Neckar-Odenwald, Baden-Württemberg, berichten: „Die Mitarbeitenden

haben begonnen, das Miteinander neu zu denken. Die Motivation wächst, die Einstellung ist positiv und es kann damit besser mit Stresssituationen umgegangen werden.“ Aus dem Caritas Stadtteilzentrum St. Michael lautete eine Einschätzung: „Ich kann im Nachgang sagen, dass dieses Projekt die Motivation und Stimmung der Pflegekräfte sehr unterstützt – ja fast beflügelt hat! Die gemeinsame Projektarbeit förderte bei den Mitarbeitern die Identifizierung mit unserem Haus und den bereichs-

übergreifenden Zusammenhalt in der gesamten Mitarbeiterschaft.“

Der Erfolg von GAP ist auch messbar. Die Mitarbeiterbefragungen zu Beginn und am Ende des Projektes bestätigen immer wieder, dass die Zufriedenheit aller Pflegekräfte deutlich gestiegen ist.

Das bundesweite GAP-Projekt läuft noch bis mindestens Mitte 2026.

gap-pflege.de, pflegebevollmaechtigte.de

Standpunkt von Dr. Markus Mai

Die Vorschläge der Verhandlungsgruppe für den Koalitionsvertrag liegen nun vor. Für den Bereich Pflege und Gesundheit liest sich das Papier wie eine Wunschliste: Aus einem politischen „Füllhorn“ sollen umfangreiche Mittel fließen – bis zu 100 Milliarden Euro. Auch gescheiterte Vorhaben der letzten Legislatur wie das Pflegekompetenzgesetz und das Pflegeassistentengesetz sollen reaktiviert und innerhalb der ersten 100 Tage der neuen Bundesregierung

auf den Weg gebracht werden. Ob diese ambitionierten Punkte tatsächlich Eingang in den Koalitionsvertrag finden, entscheidet nun eine kleine Runde aus Vertreter*innen der drei beteiligten Parteien. Die Chancen stehen jedoch eher schlecht. Das zeigt einmal mehr, welchen – leider oft untergeordneten – Stellenwert Pflege und Gesundheit im Vergleich zu anderen Politikfeldern einnehmen. Bleibt abzuwarten, was am Ende wirklich umgesetzt wird.



Dr. Markus Mai, Vorstandsvorsitzender des Deutschen Pflegeverbands e.V.

© DPV e.V.

BIBB treibt wissenschaftliche Erkenntnisse voran

(Bonn) Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) führt im Rahmen der Pflegeberufe-Ausbildungs- und -Prüfungsverordnung (PflAPrV) umfangreiche Forschungsprojekte zur beruflichen und hochschulischen Pflegeausbildung sowie zum Pflegeberuf durch. Diese Aktivitäten erfolgen auf Basis eines Forschungsprogramms, das vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) sowie vom Bundesministerium für Gesundheit (BMG) genehmigt wird.

Dabei beauftragt und begleitet das BIBB unterschiedliche Projekte, die sowohl die berufliche als auch die akademische Pflegeausbildung adressieren.

Die Forschung zielt darauf ab, wissenschaftliche Erkenntnisse zu gewinnen, die als Grundlage für politische Entscheidungen dienen und zur Weiterentwicklung des Pflegeberufs beitragen. Wesentliche Schwerpunkte sind unter anderem: Transparenz und Durchlässigkeit der Bildungswege, Gestaltung des digitalen Wandels in der Pflegeausbildung, Förderung nachhaltiger Migration, Stärkung der Ausbildungsqualität, Verbesserung der Versorgungsqualität in der Pflege. Zu den aktuellen Projekten gehören:

- BENP (Change) & BENP II – Begleitforschung zur Einführung der neuen Pflegeausbildung,

- career@care – Analyse der Durchlässigkeit und Bildungspfade in der Pflege,
- DibAP & DigiK-Part – Digitalisierung in der Pflegeausbildung,
- HOPA – Praxisanleitung als integrierter Bestandteil von Bachelorstudiengängen,
- MODINA – Entwicklung eines Moduls „Disaster Nursing“ zur Stärkung der Krisenkompetenz,
- VKP Pflege – Untersuchung von Vorbereitungskursen für Kenntnissprüfungen gemäß PflAPrV.

bibb.de

Für eine starke Stimme der Pflege in der Politik

(Regensburg) Die Caritas startet eine neue Fortbildungsreihe für Pflegefachpersonen: „Wir trommeln für die Pflege – Berufspolitik verstehen“. Sie richtet sich an alle Pflegefachkräfte der Caritas in der Diözese Regensburg in den Alten- und Pflegeheimen, in den Krankenhäusern und in der ambulanten Pflege. „Die Pflege braucht eine starke Stimme auf politischer Ebene“, sagt Caritasdirektor Michael Weißmann, selbst gelernter Krankenpfleger.

Die Schulungen finden im Jahr 2025 an knapp 40 Terminen zu je 120 Minuten statt. Knapp 2.000 Pflegefachkräfte

möchte der Diözesan-Caritasverband Regensburg e.V. damit erreichen. Caritasdirektor Weißmann sagt: „Es geht um die Frage, wie eine starke Vertretung der Pflege auf politischer Ebene aussehen kann und weshalb das wichtig ist.“ Die Schulungen führen zwei Pflegefachpersonen, die sich berufspolitisch bereits engagieren, durch. Auch ein Onlineformat soll entwickelt werden.

„Die Pflege stellt die größte Berufsgruppe im Gesundheitswesen dar und doch wird sie in der Politik kaum gehört“, sagt Weißmann. „Lässt sich das ändern?“ „Ich bin davon überzeugt“, so

der Diözesan-Caritasdirektor. „Menschen, die in der Pflege arbeiten, müssen sich organisieren – im Idealfall in einer Pflegekammer. Sie erarbeitet Maßnahmen und nimmt direkt Einfluss auf die Politik und damit auf die Gesetzgebung. In ihren Gremien arbeiten Menschen aus der Pflege. Sie wissen, was die Branche braucht. Die Zukunft der Pflege hängt maßgeblich davon ab, ob die Profession bei den politischen Verantwortlichen eine starke Stimme hat.“

Die Caritas hat zudem eine Aktionswebseite gestartet: www.trommeln-fuer-die-pflege.de. Die Webseite dient als Plattform, um Pflegefachkräften eine Stimme zu geben. „Menschen aus der Pflege sprechen für die Pflege“, sagt Weißmann. Die Frage lautet: Wofür trommeln Sie? Was braucht die Pflege für ein gutes Morgen? Die Webseite soll stetig wachsen und Bedarfe der Pflege sichtbar machen. Die Stimmen der Pflegefachkräfte gibt es teils auch als Videobotschaften und werden in den kommenden Wochen unter #TrommelnFürDiePflege in den sozialen Medien geteilt.



© Sonja Ochr / Caritas Regensburg

#TrommelnFürDiePflege: Der Diözesan-Caritasverband Regensburg e.V. setzt sich für eine berufspolitische Stärkung der Pflegefachkräfte ein.

caritas-regensburg.de

Konstituierung des Bundestags

Neue Chancen – Pflegeprofession stärken und Gesundheitssystem weiterentwickeln

Der Deutsche Pflegerat (DPR) gratuliert den Abgeordneten des 21. Deutschen Bundestages zur Konstituierung. Der DPR wünscht ihnen für ihre verantwortungsvolle Aufgabe Kraft, Weitsicht und ein offenes Ohr für die Anliegen der Gesellschaft – insbesondere für die beruflich Pflegenden.

„Der neue Bundestag hat jetzt die Chance, die pflegerische Versorgung in Deutschland zukunftssicher zu gestalten“, sagt Christine Vogler, Präsidentin des Deutschen Pflegerats, anlässlich der Konstituierung des Parlaments. „Dazu braucht es Mut, Tempo und klare politische Entscheidungen – und zwar von Beginn an.“

Gesetze ins parlamentarische Verfahren einbringen

Der Deutsche Pflegerat fordert, dass innerhalb der ersten 100 Tage der Legislaturperiode die bereits vorliegenden Entwürfe für das Pflegekompetenzgesetz und das Pflegefachassistenzeinführungsgesetz erneut in das parlamentarische Verfahren eingebracht werden. Diese Gesetzesinitiativen sind entscheidend, um pflegerische Kompetenzen besser zu nutzen, Handlungsspielräume der beruflichen Pflege zu erweitern und die Versorgung langfristig zu sichern.

Kompetenzen nutzen, Versorgung stärken

„Pflegefachpersonen müssen endlich rechtlich befähigt werden, das zu tun, was sie können – und wofür sie ausgebildet sind“, so Vogler weiter. „Das Pflegekompetenzgesetz ist ein notwendiger Schritt in Richtung eigenverantwortlicher Berufsausübung. Zugleich schafft das Pflegefachassistenzeinführungsgesetz eine einheitliche Bildungsstruktur in der Pflegeassistenten und entlastet Pflegefachpersonen spürbar.“

Darüber hinaus fordert der DPR die gleichberechtigte Integration der Pflegeprofession in die Selbstverwaltung des Gesundheitswesens in Bund und Ländern. Der Deutsche Pflegerat und

die bestehenden Landespflegekammern müssen dauerhaft institutionalisiert und finanziell abgesichert in gesundheitspolitische Entscheidungsprozesse eingebunden werden.

Gleichzeitig ist die Anerkennung der Pflegeprofession als eigenständige Säule des Gesundheitswesens unerlässlich. Nur wenn Pflegefachpersonen aktiv an der Gestaltung und Umsetzung von Versorgungsstrukturen beteiligt sind, kann eine nachhaltige, wohnortnahe Gesundheitsversorgung und wirksame Prävention gelingen.

Pflege gehört ins Zentrum der Gesundheitspolitik

Der Deutsche Pflegerat ruft die Abgeordneten auf, Pflege als zentralen Zukunftssektor ernst zu nehmen – und zum Start der neuen Legislaturperiode ein kraftvolles Signal zu setzen. Das Gesundheitssystem muss sektorenüber-

greifend weiterentwickelt werden – strukturell wie inhaltlich. Es geht nicht um die Fortschreibung bestehender Systeme, sondern um echte Veränderungen. Auch die Pflegeversicherung braucht dringend eine grundlegende Neustrukturierung, um den aktuellen und zukünftigen Versorgungsbedarfen gerecht zu werden.

„Wir bieten der Politik konkrete Unterstützung an – damit die Pflegeprofession in der 21. Legislaturperiode nicht nur genannt, sondern tatsächlich gestärkt und wirksam verankert wird“, betont Vogler.

deutscher-pflegerat.de



Der 21. Deutsche Bundestag ist am 25. März 2025 zu seiner ersten, konstituierenden Sitzung zusammengetreten – CDU/CSU bilden jetzt die stärkste Fraktion.

© DesignRage / Getty Images / iStock

Wichtige Signale für die Pflege

(Berlin) Der Deutsche Pflegerat (DPR) begrüßt die bekannt gewordenen Ergebnisse der Arbeitsgruppe Gesundheit und Pflege zum Koalitionsvertrag. „Die Ergebnisse der AG Gesundheit und Pflege enthalten richtige und wichtige Ansätze. Das zeigt: Die Pflegefachberufe rücken stärker in den Fokus“, erklärt DPR-Präsidentin Christine Vogler. Entscheidend sei jedoch, wie diese Maßnahmen ausgestaltet werden.

Die geplante Bürokratieentlastung innerhalb der ersten sechs Monate kann – richtig umgesetzt – ein Fundament für eine neue Vertrauenskultur im Gesundheitswesen bilden. Die geplante Reduzierung von Berichtspflichten, Dokumentationspflichten und Kontrollpflichten, der Abbau doppelter Prüfstrukturen und ein Praxis-Check aller Gesetze sowie die verbindliche Verpflichtung der Krankenkassen zur Entwicklung gemeinsamer Vertrags- und Verwal-

tungsprozesse weisen in die richtige Richtung. Das Ziel, die Attraktivität und Wertschätzung der Gesundheitsberufe zu stärken, findet sich in zentralen Stichpunkten wieder. Genannte Maßnahmen wie eine geeignete Personalbemessung, der kompetenzorientierte Fachpersonaleinsatz sowie die eigenständige Heilkundeausübung sind wichtige Schritte.

Zentrale Anliegen nachschärfen

Gleichzeitig zeigen die Ergebnisse: Wichtige strukturelle Entscheidungen für die Pflegeprofession stehen weiterhin aus. „Pflege wird nicht als eigenständige Säule im Gesundheitssystem anerkannt. Eine verbindliche und vollumfängliche Integration in die Selbstverwaltung bleibt bislang aus – auch wenn das geplante Stimmrecht im G-BA ein erster und sehr wichtiger Schritt ist“, betont Vogler. Offen bleibt,

wie die Institutionen der Pflegeprofessionen zukünftig systematisch und institutionell an sie betreffenden gesundheitspolitischen Entscheidungsprozessen beteiligt und wie die dazugehörigen Strukturen finanziell abgebildet werden.

Weitere Anliegen der Profession finden sich nicht wieder: Etwa die Einführung bundeseinheitlicher, hochqualifizierter Bildungsstandards, die Stärkung von Public Health oder die Entwicklung neuer Berufsbilder wie der Community Health Nurse. Beteiligungsbedarf sieht der DPR auch bei der geplanten Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Strukturreform der Pflege, die auf Ministerebene unter Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände eingesetzt werden soll und bei der Fortentwicklung der Krankenhauslandschaft.

deutscher-pflegerat.de

Langzeitpflege gezielt stärken

(Berlin) Die Koalitionsverhandlungen bieten die Möglichkeit, die Langzeitpflege in Deutschland nachhaltig zu verbessern. Der Deutsche Pflegerat (DPR) legt in seinem aktuellen Positionspapier konkrete Impulse vor, die zeitnah umgesetzt werden müssen und können. Im Einzelnen sind dies:

1. Pflegefachpersonen stärken und Kompetenzen erweitern

- Die Profession muss mit klaren gesetzlichen Regelungen mehr Eigenverantwortung erhalten.
- Pflegefachpersonen sollten selbstständig und eigenständig heilkundliche Tätigkeiten übernehmen können.
- Attraktive, interdisziplinäre Arbeitsbedingungen und klare Karrierewege sind essenziell für die Zukunft der Pflege bei zugleich sektorenübergreifenden Versorgungsstrukturen.

2. Personalbemessung verlässlich und einheitlich umsetzen

- Das Personalbemessungsinstrument (PeBeM) muss bundesweit zügig und verbindlich eingeführt werden. Es muss sich ausschließlich am Bundesgesetz orientieren und darf nicht Verhandlungspartnern in den Ländern oder der Arbeitsmarktlage überlassen werden.
- Auch für die ambulante Pflege ist ein passendes Instrument zu entwickeln, welches sich danach ausrichtet, was den Pflegebedürftigen stationär im jeweiligen Pflegegrad zur Verfügung steht. Die sich daraus ergebenden Fachleistungsstunden sind zu finanzieren.

3. Pflegefinanzierung fair und nachhaltig gestalten

- Pflegebedingten Eigenanteile für Pflegebedürftige müssen auf einen Festbetrag gedeckelt werden, um Belastungen planbar zu machen.
- Investitionskosten sind vollständig und rechtssicher durch die Länder zu tragen.

- Die medizinische Behandlungspflege in stationären Einrichtungen sollte, wie zu Beginn der Pflegeversicherung vorgesehen, analog zur ambulanten Pflege von der gesetzlichen Krankenversicherung übernommen werden.

- Versicherungsfremde Leistungen, wie Ausbildungskosten oder Rentenbeiträge für pflegende Angehörige sollten nicht durch die Pflegeversicherung getragen werden.

4. Digitalisierung gezielt vorantreiben

- Pflegeexpert*innen müssen aktiv in die Entwicklung digitaler erlebbarer Anwendungen eingebunden werden.
- Eine verlässliche Finanzierung digitaler Strukturen muss langfristig sichergestellt werden, auch um Innovationen zu fördern.

Der DPR steht bereit, um diese Maßnahmen mit der Politik umzusetzen.

deutscher-pflegerat.de

Aus den Bundesländern

Sozialpreis ausgeschrieben

Hessen: Die Ausschreibung für den Hessischen Sozialpreis 2025 startet unter dem Motto: „Demokratie lebt vom Mitmachen: Zeigt uns, wie!“ Gemeinsam mit dem Ministerium für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales und LOTTO Hessen möchte die Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen mit dem diesjährigen Hessischen Sozialpreis 2025 Projekte auszeichnen, die demokratische Werte erlebbar machen und gesellschaftliche Teilhabe fördern. Insgesamt 30.000 Euro Preisgeld stellt Stifterin LOTTO Hessen zur Verfügung.

Am 20.3.2025 fand die 86. Sitzung des Fachbeirats Pflege im Hessischen Ministerium für Familie, Senioren, Sport, Gesundheit und Pflege statt.

Am 1.4.2025 gab es während der Sitzung der Fachgruppe Altenhilfe in der Sozialgruppe Kassel der Parität Hessen einen Austausch über Aktuelles aus den Einrichtungen und der Tagespflege.

Ressourcen nicht verschwenden

Nordrhein-Westfalen: Die Pflegekammer NRW bemängelt Zeitverschwendung in der Pflege durch Erhebung von Daten, die nicht genutzt

werden. Angesichts des steigenden Arbeitsaufkommens in der Pflege warnt die Pflegekammer das Institut für das Entgeltssystem im Krankenhaus (InEK) davor, Pflegefachpersonen mit Aufgaben zu belasten, die nicht im Sinne einer optimalen Pflege sind. Konkret geht es dabei um die Erhebung von Daten, die für die Berechnung einer optimalen Personaldecke nötig sind. „Es kann doch nicht sein, dass diese Daten, die von Pflegefachpersonen für das InEK während ihrer Dienstzeit erhoben und eingepflegt werden, seitens des InEK überhaupt nicht genutzt werden. Das bindet un-

nötig Ressourcen bei den Kolleg*innen, sorgt für Frust und schafft keinen Mehrwert“, erklärt Sandra Postel, Präsidentin der Pflegekammer. Deshalb fordert die Kammer, die Daten zukünftig entweder sinnvoll zu verwenden oder die Dokumentation zu reduzieren. Ziel müsse es sein, die Pflegefachpersonen von unnötiger Bürokratie zu befreien.

Tag des Ehrenamts

Rheinland-Pfalz: Der 22. Landesweite Ehrenamtstag findet auf Einladung von Ministerpräsident Alexander Schweitzer am 31.8.2025 in Alzey statt. Er ist die zentrale Veranstaltung, um den 1,5 Millionen ehrenamtlich Engagierten Danke zu sagen. Er wird gemeinsam von der Staatskanzlei und der Stadt Alzey unter Mitwirkung der beiden landesweiten Rundfunksender SWR und RPR1. veranstaltet.

Thüringen: Am 31.3.2025 nahm Silvia Böhme, Mitglied des DPV e.V., an der Sitzung des Krankenhausplanungsausschusses Thüringen teil. Martina Röder, Geschäftsführerin des DPV e.V., war für den Landespflegerat Thüringen e.V. bei der Verwaltungsratssitzung des MD am 2.4.2025.



Sandra Postel

© Pflegekammer NRW

Jubilare Mai 2025

40 Jahre

Martina Krüger, Bingen
Sonja Brakonier, Neroth

30 Jahre

Karola Schmittgen, Cochem
Gundi Bindemann, Wolfhagen
Tamara Bayer, Frankfurt a. M.
Antonia Friedrich, Grafschaft-Gelsdorf
Alexandra Christine Burg, Kirchzarten

Christian Salzwedel, Koblenz
Nicole Lammers, Bad Neuenahr-Ahrweiler

20 Jahre

Sarah Löwe, Düsseldorf
Manuela Drewitz, Salzhausen
Christine Maul, Breitenbrunn OT Antonsthal



Wir bedanken uns für Ihre Treue!

10 Jahre

Florence Harzheim, Köln

© [M] Nelos / fotolia.com

DPV

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Hauptgeschäftsstelle
Mittelstraße 1
56564 Neuwied
Tel.: 0 26 31/83 88-22
Fax: 0 26 31/83 88-20
info@dpv-online.de
www.dpv-online.de



Interessantes und Aktuelles speziell für unsere Mitglieder – Zugriff über:
User: **Mitglied**
Kennwort: Pflegeleistung
Über Ihre Mitarbeit und/oder Anregungen freuen wir uns.

 facebook.com/pflegeverband
 Instagram.com/dpv_nextgen/

Gemeinsam sind wir stark!

DPV – Kompetenz und Leistungen, die auch Kolleginnen und Kollegen überzeugen!

Fordern Sie Infomaterial an!

DPV Service-Point Baden-Württemberg

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Sabine Hindrichs
Service-Point Leiterin
hindrichs.servicepoint-bawue@dpv-online.de

DPV Service-Point Bayern

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Mittelstraße 1, 56564 Neuwied
info@dpv-online.de

DPV-Hauptstadtbüro Berlin DPV Service-Point Berlin-Brandenburg

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Mittelstraße 1, 56564 Neuwied
info@dpv-online.de

DPV Service-Point Hessen

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Karl Heinz Heller
Service-Point Leiter
heller.servicepoint-he@dpv-online.de

DPV Service-Point Nord Hamburg/Schleswig-Holstein

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Birgit Andrea Schmidt
Service-Point Leiterin
schmidt.servicepoint-hh.sh@dpv-online.de

DPV Service-Point Bremen

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Mittelstraße 1, 56564 Neuwied
info@dpv-online.de

DPV Service-Point Niedersachsen

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Iris Meyenburg-Altward
Service-Point-Leiterin
m.altward.servicepoint-ni@dpv-online.de

DPV Service-Point Nordost Thüringen, Sachsen-Anhalt

Martina Röder
Service-Point Leiterin, Geschäftsführerin
des Deutschen Pflegeverbandes e.V.
roeder.servicepoint-th.sa@dpv-online.de

DPV Service-Point Sachsen

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Sandra Meyer
Service-Point Leiterin
meyer.servicepoint-sa@dpv-online.de

DPV Service-Point Nordrhein-Westfalen

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Stephan Kreuels
Service-Point Leiter
kreuels@juslink.de

DPV Service-Point Rheinland- Pfalz

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Nina Benz
Service-Point Leiterin
benz.servicepoint-rlp@dpv-online.de

DPV Service-Point Saarland

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Mittelstraße 1, 56564 Neuwied
info@dpv-online.de



Impressum

Herausgeber

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Ivonne Rammoser (V.i.S.d.P.)
Mittelstraße 1, 56564 Neuwied
Tel.: 02631/8388-22
Fax: 02631/8388-20
info@dpv-online.de
www.dpv-online.de

PflegeKonkret

– Die Mitgliederzeitschrift des DPV
erscheint in Kooperation mit
HEILBERUFE
www.springerpflege.de

Verlag

Springer Medizin Verlag GmbH
Heidelberger Platz 3
14197 Berlin

Druck

Druckpress GmbH
Hamburger Straße 12
69181 Leimen